Wiener Zeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Preßernova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Ankündigungen nimmt die Verwaltung gegen Berechnung billigster Gebühren entgegen. Bezugspreis: Vierteljährig K 24.—, halbjährig K 48.—, ganzjährig K 96.—. Fürs Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern 1 Krone.

Nummer 65

Donnerstag den 19. August 1920

2. [45.] Jahrgang

Wohnungsfürsorge.

Seit länger als einem Jahre sind die staatlichen Wohnungsbehörden in eifriger Tätigkeit. Eine Kommission löst nach kurzer Zeit die andere ab, da schließlich doch jedermann zur Ueberzeugung kommen muß, daß der herrschenden Wohnungsnot nicht durch Delogierungen beizukommen ist, sondern, daß in dieser Frage nur der Staat durch eine großzügige Förderung der Bautätigkeit helfen kann.

Trotzdem sich die ganze Öffentlichkeit schon seit langem darüber einig ist, daß durch das bisherige System keine Abhilfe geschaffen werden könne, trotzdem von den verschiedensten Seiten mit konkreten Vorschlägen an die Regierungsbehörde herangetreten wurde, ließ man die kostbare Zeit fruchtlos verstreichen. Seither sind die Preise für alle Baumaterialien ganz unverhältnismäßig gestiegen, so daß ein Neubau heute sicherlich mehr als die doppelte Summe des für den gleichen Bau noch vor Jahresfrist notwendigen Betrages erfordert.

Auch unser Blatt brachte bereits im vergangenen Winter einen Vorschlag zur Milberung der Wohnungsnot in unserer Stadt und mit einer ähnlichen Anregung wandte sich auch eine größere Anzahl unserer Mitbürger an den städtischen Beirat, der seinerzeit den Beschluß faßte, die bezügliche Eingabe der Landesregierung in Laibach abzutreten. Damit hatte es denn auch sein Bewenden, ohne daß man es der Mühe wert gefunden hätte, über diese Anregungen auch nur eine Diskussion zu eröffnen.

Wenn sich die Wohnungskommission in den letzten Tagen nach Berichten, die wir der slowenischen Presse entnehmen, an die Öffentlichkeit mit der Anregung wendet, daß sich die vermögenden Kreise zu einer auf gemeinnütziger Grundlage zu errichtenden Wohnungsgenossenschaft zusammenschließen und den Bau von Zinshäusern in die Hand nehmen sollen, so wird dadurch dieses unentschuldbare Versäumnis nicht mehr gutgemacht, denn was vielleicht noch vor einem halben Jahre möglich gewesen wäre, kann heute an den enormen Mehrkosten scheitern.

Nun ist endlich auch die Regierung mit einer Verordnung auf den Plan getreten, die das Laibacher Amtsblatt vom 7. d. M. verlautbart. Diese Verordnung will die Bautätigkeit dadurch fördern, daß sie für Neubauten, die zu Wohnungszwecken errichtet werden, bedeutende Steuererleichterungen vorsieht. Die Idee an sich scheint uns nur begrüßenswert, nur dünkt uns, daß die in dieser Verordnung vorgesehene Art dieser Steuerbegünstigungen einer ernststen Kritik nicht standhalten kann.

Nach der erwähnten Verordnung wird Neubauten, in welchen sich ausschließlich nur Kleinwohnungen befinden sollen, eine Steuerfreiheit auf die Dauer von 25 Jahren und für andere Wohnhäuser eine solche auf die Dauer von 18 Jahren gewährt. Diese Steuerbegünstigung sollen jedoch nur jene Neubauten genießen, die erst nach dem Inkrafttreten der Verordnung in Angriff genommen werden, während jene Bauten, mit welchem bereits vorher begonnen wurde, nur eine 10jährige Steuerfreiheit genießen sollen.

Diese Bestimmung entbehrt jeder Logik. Wir meinen, daß gerade jene Personen, die aus freien Stücken, ohne irgend eine Aufforderung der Behörde abzuwarten, mit dem Bau von Wohnhäusern, die zudem in kurzer Zeit schon bewohnbar sein werden, begonnen haben, wohl in erster Linie eine Berücksichtigung verdienen.

Die Verordnung in der vorliegenden Fassung ist nichts anderes als eine Prämie für die Säumigen, während jene, die vor allem Anspruch auf eine Anerkennung erheben könnten, hiebei schlechter wegkommen.

Man müßte meinen, daß es sich hiebei um ein Versehen bei Erlassung der Verordnung handle, wenn nicht die Erfahrung lehren würde, daß die Regierung ein ähnliches Prinzip auch schon in einem anderen Falle zur Anwendung gebracht hat. Wir erinnern nur an die Zeichnung zur Staatsanleihe. Auch damals wurde den Zeichnern eine Prämie von 5 Dinar für je 100 Kronen des gezeichneten Nennwertes zugesichert und bewilligt. Die Prämie erhielten aber nicht etwa jene Zeichner, die ihre Zeichnungen sofort nach dem Auslegen der Anleihe abgegeben hatten, also nicht jene Personen, von welchen man wirklich sagen kann, daß sie die Zeichnungen nur in Ausübung ihrer staatsbürgerlichen und patriotischen Pflicht abgegeben hatten, sondern im Gegenteil jene säumigen Zeichner, die sich erst über wiederholte Aufforderungen nach Ablauf der ursprünglich festgesetzten Zeichnungsfrist zur Zeichnung entschlossen.

An diesem Vorgang, dessen Logik nicht einzusehen ist, wird man beim Studium der neuen Wohnungsverordnung erinnert und man lernt dadurch erkennen, daß es auch im Widerstn und in der Unlogik ein gewisses System geben kann.

Deutsch und Serbokroatisch.

Von Franz Erjavec in der Zeitschrift Popotnik.
(Nach dem Laibacher Naprej vom 7. August 1920).

Nach dem Umsturz haben wir uns breitt, den alten Kram wegzuräumen, leider aber nur sehr unkritisch und einseitig. In der ersten Begeisterung haben wir mehr auf Neuheiten, auf äußere Sinnbilder unserer Fron geachtet, denn auf unsere innere Wiedergeburt in jugoslawischer Richtung. Was uns an die ehemaligen österreichischen Zeiten erinnerte, das alles wollten wir über Nacht austrotten, ohne Rücksicht darauf, ob eine solche Ausrottung überall zweckmäßig war oder nicht. Um ein konkretes Beispiel anzuführen: Ueber Nacht haben wir die deutsche Sprache aus unseren Schulen hinausgeworfen oder sie wenigstens auf das äußerste Maß beschränkt und an deren Stelle die serbokroatische gesetzt. Wie um die Wette schimpften wir und flüchten wir auf das Deutsche und niemand wollte bei dieser allgemeinen Verleugung fehlen. Nunmehr hoffe ich aber, daß sich die Gemüter schon einigermaßen beruhigt haben, und unternehme es daher, für die deutsche Sprache eine Lanze einzulegen, wengleich ich besorgen muß, deswegen gesteinigt zu werden.

Was ist die deutsche Sprache? Vielleicht jene grausame und unbarmherzige Hand, die uns durch Jahrhunderte gewürgt hat? Ich glaube, nein! Die

deutsche Sprache ist daran unschuldig und es ist nur Zufall, daß sich die Habsburger mit ihrer Kammarilla auch der deutschen Sprache als Mittel für ihre Herrschaft bedient haben. In Wahrheit aber ist das Deutsche eine Sprache, welche 80 Millionen Menschen mit einer hohen Gefittung und einer noch höheren Bildung sprechen; ein Volk, mit welchem wir eine fast zweihundert Kilometer lange gemeinsame Grenze haben; ein Volk, an welches uns jahrhundertelange Traditionen fesseln; ein Volk, welchem wir zum überwiegenden Teile unsere Gefittung und Bildung zu verdanken haben; ein Volk, mit welchem uns wirtschastliche Bande verknüpfen, die im Laufe von Jahrhunderten geschaffen wurden; ein Volk, welches trotz seiner Niederlage noch immer eine hervorragende Rolle im Weltkonzerte spielt und eine noch größere in Zukunft spielen wird. Abern wäre es zu glauben, daß ein Volk aus dem Reigen der Völker hinausgestoßen werden könnte, welches über eine so ungeheure Lebenskraft verfügt, wie sie wohl die Deutschen im Weltkriege geoffenbart haben.

Mit der Degradierung der deutschen Sprache in unseren Schulen haben wir keineswegs ein Machtmittel der früheren österreichischen Herrschaft vernichtet — das geschah ganz von selbst durch die Abtrennung unserer Gebiete von Wien — sondern wir haben aus unseren Schulen eine Weltsprache hinausgeworfen, welche uns als einzige mit der Welt und mit der Kultur verbunden hat.

An Stelle der deutschen Sprache haben wir die serbokroatische eingeführt. Ich will die Frage nicht aufwerfen, ar wie vielen kroatischen bzw. serbischen Schulen die slowenische Sprache eingeführt wurde: aber ich will ungescheut die Frage stellen, was für einen Sinn dieser Austausch haben soll? Für den täglichen praktischen Bedarf versteht wohl jeder Slowene die serbokroatische Sprache in hinreichendem Maße. Eine praktische Bedeutung besäße höchstens die Erlernung der cyrillischen Schrift, welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen vielleicht in der Tat notwendig ist; wohl aber müssen wir die serbokroatische Literatur kennen. Und sonst? Soll uns die serbokroatische Sprache von nun an die Weltkultur vermitteln, wie die deutsche Sprache sie uns einstens vermittelt hat? Es wird wohl niemand eine solche Behauptung aufzustellen wagen, da doch jederman bekannt sein muß, daß wir Slowenen kulturell und zivilisatorisch unseren südlichen Brüdern weit überlegen sind. Es wird wohl auch niemand zu behaupten wagen, daß wir von nun an in Jugoslawien ohne jede engere Verbindung mit der Außenwelt, mit der Weltkultur leben können. Im Gegenteil; früher waren wir mehr oder weniger gezwungen, hinter der Entwicklung einherzuhinken, der Zeitgeist hat uns mehr oder weniger unfreiwillig nach vorwärts gezogen; in Jugoslawien aber werden wir auf uns selbst angewiesen sein, auf die eigene Anregung, auf den eigenen Fleiß.

Die Vorbedingung unserer weiteren Entwicklung ist, daß unsere gesamte Intelligenz auch in Zukunft wenigstens eine Weltsprache beherrschen wird, die uns, wie erwähnt, mit der Welt und mit der Weltkultur verbinden und uns alle kulturellen Ererungenschaften der übrigen Welt vermitteln soll. Das Gefühl der Brüderlichkeit und der Solidarität unter den jugoslawischen Stämmen ist ja recht läblich, aber das Serbokroatische ist keine Weltsprache, welches die frühere Rolle des Deutschen ausfüllen könnte. Deshalb treten schon heute alle Schulmänner dafür ein, daß in unseren Schulen „auch“ eine moderne, eine Weltsprache unterrichtet werden soll, das ist also die deutsche, französische, italienische, russische oder englische Sprache.

Was also? Für einen einsichtsvollen und objektiv urteilenden Menschen wird die Wahl nicht schwer sein und jedermann wird sich im Geheimen

sofort für das Deutsche entscheiden, nur wird er es sich nicht auch laut zu sagen getrauen, um nicht als Verräter, Deutschenfreund oder noch was Schlimmeres verlästert zu werden. Welchen Sinn aber soll für uns die russische, französische oder englische Sprache als einzige Pflichtsprache in unseren Schulen haben? Es ist wahr, diese Sprachen verfügen über eine große Kultur und eine alte Zivilisation, aber sie haben bisher weit von uns gelebt und waren mit uns durch keinerlei Beziehungen verknüpft, weder durch kulturelle, noch weniger durch wirtschaftliche. Ja, es gibt eine beträchtliche Zahl unserer Intelligenz, die in ihrem Leben noch keinen gebürtigen Russen, Franzosen oder Engländer sprechen gehört hat; die breiten Schichten unseres Volkes aber kommen mit ihnen überhaupt in keine Berührung. Der Unterricht der englischen, französischen oder russischen Sprache hätte also bei uns einen recht geringen praktischen Wert, weil wir mit diesen Völkern und mit ihren Kulturen niemals in engere Beziehungen treten und daher auch ihre Sprache niemals geläufig beherrschen würden.

Es bleibt also noch der Unterricht der italienischen und der deutschen Sprache. Mit den Italienern werden wir in Zukunft viel zu tun haben, politisch wahrscheinlich am allermeisten; deshalb würde manches für die Erlernung der italienischen Sprache sprechen, manches aber auch dagegen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Italienern und uns werden sicherlich niemals so eng sein, wie zwischen uns und den Deutschen. Wir werden den Italienern unser Holz liefern und von ihnen einige Kleinigkeiten beziehen, dagegen werden wir den Deutschen fast alle unsere Exportprodukte zusenden und von ihnen die überwiegende Mehrheit unserer Einfuhrbedarfsartikel erhalten können. Und die Vermittlung der Weltkultur? Wer die italienische Kunst und Wissenschaft auch nur einigermaßen kennt, wird zugeben müssen, daß von dorther etwas wirklich Solides kaum zu erwarten ist. Die neuere Kunst der Italiener besteht größtenteils in der Nachahmung fremder Muster, in der Wissenschaft aber haben sie überhaupt noch nicht neue Gebiete entdeckt bzw. große Systeme geschaffen. Der ganze italienische Charakter mutet die große Mehrheit unseres Volkes fast wie etwas Fremdartiges um nicht zu sagen, Charlatanhaftes an.

Es bleibt also nur noch die deutsche Sprache. Durch Jahrhunderte haben wir die deutsche Schule genossen und wer nur einigermaßen objektiv denkt, wird zugeben, daß gerade diese deutsche Schule uns über das Niveau unserer südlichen Brüder gehoben hat, welche zum Teile in der magyarischen, zum Teile in der türkischen Mentalität erzogen wurden. Der Einfluß dieser soliden deutschen Erziehung hat sich sogleich beim Umsturze gezeigt; diese deutsche Erziehung hält uns noch heute aufrecht und wird das ganze gegenwärtige Geschlecht aufrecht erhalten. Wir haben in dem großen wirtschaftlichen Komplex, dessen Mittelpunkt heute Deutschösterreich ist, gelebt und uns weiter entwickelt. Alle Fäden unseres wirtschaftlichen Lebens sind mit jenen in den früheren österreichischen Gegenden auf das engste verknüpft und es wäre töricht zu glauben, daß es möglich ist, das wirtschaftliche Leben in wenigen Jahren in eine andere Richtung abzuleiten. Nein, unser wirtschaftliches Leben wird noch lange Jahrzehnte in engsten Beziehungen mit den Deutschen stehen und wir werden noch Jahrzehntlang auf einen lebhaften Austausch unserer Produkte angewiesen sein, ohne Rücksicht darauf, daß auch unter uns selbst eine beträchtliche Anzahl von Deutschen lebt. Alle diese Umstände zwingen uns geradezu, daß wir auch künftighin noch die deutsche Sprache in unseren Schulen im ausgedehntesten Maße pflegen, hauptsächlich schon deswegen, weil jedem Angehörigen unserer Intelligenz die Möglichkeit geboten wird, sich die deutsche Sprache im Wege der Konversation in Wort und Schrift vollkommen anzueignen, wenn allerdings auch nicht mehr in jenem Maße wie früher; aber gerade das sollte eben ein Grund sein, daß wir der Erlernung der deutschen Sprache eine noch größere Aufmerksamkeit widmen als ehemals. Das Ziel unserer Unterrichtspläne wird dahin gehen müssen, daß jeder Absolvent unserer mittleren Lehranstalten die deutsche Sprache vollkommen zu beherrschen hat. Das wird von nun an nicht mehr jenes Deutsch sein, welches uns vormals als Sinnbild unserer Knechtschaft gegolten hat, sondern nur die Weltsprache, die uns mit der Welt verbindet und uns die Weltkultur übermittelt.

Nachdem wir uns freigemacht haben, dürfen wir uns nicht auf den Standpunkt des 14-jährigen Knaben stellen, der die Volksschule verlassen hat, und arrogant und ohne Gruß an seinem einstigen

Lehrer vorbeispreizet. Das Umgekehrte ist richtig: je mehr wir heranwachsen, umso mehr bedürfen wir der Stütze eines alten, erfahrenen und vernünftigen Mannes und von den Deutschen werden wir noch lange lernen müssen, noch lange und noch vieles werden wir von diesem Volke lernen können, welches vielleicht außer der Herzenskultur alle sonstigen Vorzüge und Fähigkeiten besitzt. Wie aber steht es mit der serbokroatischen Sprache? Daß sie uns die deutsche Sprache nicht ersetzen kann und darf, ist hinlänglich klar, vornehmlich deswegen, weil wir sprachlich mit den Serben und Kroaten so verwandt sind, daß wir uns leicht verständigen können, auch wenn jeder seine eigene „Mundart“ spricht. Wer gezwungen sein wird, die serbokroatische Sprache perfekt zu beherrschen, der wird sie sich in kürzester Zeit aneignen. Erforderlich aber ist eine eingehendere Kenntnis der jugoslawischen Literatur und in dieser Kenntnis soll unsere Sprachpflege gipfeln. Im allgemeinen wird das gemeinsame Leben in einem und demselben Staate die größten Unterschiede schon von selbst allmählich verwischen.

Politische Rundschau.

Inland.

Fortdauer der Regierungskrise.

Die Verhandlungen zur Zusammensetzung der Konzentrationsregierung Vesnić sind wieder auf einen toten Punkt gelangt. Nachdem noch alle Berichte von Samstag zu erzählen wußten, daß nunmehr alle Schwierigkeiten beseitigt seien und sogar den Wortlaut der Vereinbarungen zwischen den beiden rivalisierenden Parteigruppen veröffentlicht hatten, tauchten im letzten Momente wieder persönliche Fragen auf, die, wie schon oft, alle nach langwierigen Verhandlungen erzielten Vereinbarungen über den Haufen warfen. Diesmal soll sich gegen den Wiedereintritt des Ministers Pribičević in das neue Parlament im letzten Augenblicke die parlamentarische Vereinigung ausgesprochen haben.

Die neue Regierung.

In der Nacht vom 16. auf den 17. August ist es endlich zu einem Einvernehmen bezüglich der neuen Regierung gekommen. Die bisherigen Minister bleiben auf ihren Posten, ausgenommen Protić, welcher durch Mašići ersetzt wird, und Davidović, an dessen Stelle L. Drašković als Minister des Innern tritt. Präsident des Parlamentes ist der Radikale Bulšević, dessen Stellvertreter die Demokraten Ribar und Novičar. In Slowenien wird Delegat für Janeres Professor Dr. Bitamic, für soziale Fürsorge Dr. Ravnihar, für Justiz Dr. Jerjav. Die Gemeindevahlordnung für Slowenien wird revidiert und die schon ausgeschriebenen Wahlen werden verschoben.

Minister Dr. Rukovec gegen eine autonome Verwaltung Sloweniens.

Wie Belgrader Blätter vom 13. August berichten, ist Dr. Rukovec nach Laibach abgereist zur Beratung mit den slowenischen Demokraten, welche die Abschaffung der autonomen Verwaltung in Slowenien und deren vollkommene Zentralisierung in Belgrad verlangen.

Ein Bündnis zwischen Jugoslawien und der Tschechoslowakei.

Minister des Äußeren der Tschechoslowakischen Republik, Dr. Beneš, ist am 15. d. M. zu zweitägigem Aufenthalt in Belgrad eingetroffen. Belgrader Blätter melden, daß am 16. d. M. ein Verteidigungsbündnis zur gegenseitigen Unterstützung gegen Angriffe von außen abgeschlossen wurde. Dieses Bündnis richtet sich in erster Linie gegen Ungarn.

Forderungen der Staatsbeamten.

Am 10. d. M. hat in Laibach eine stark besuchte Versammlung der Staatsangestellten stattgefunden, in der folgende Forderungen erhoben wurden: Passives Wahlrecht für die Staatsangestellten; 25 prozentige Erhöhung aller seit 1. Dezember vorigen Jahres ausbezahlten Teuerungszulagen vom 1. Juni 1920 an; Einspruch gegen die Verteuerung der Bahnfahrpreise und der Kohlenpreise; Auflösung des Parlamentes und Neuwahlen. Für den Fall der Nichtbewilligung dieser Forderungen ist die Beamtenschaft zu den äußersten Mitteln entschlossen, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Die Ausgabenverteilung im Staatsvoranschläge.

Der vom Finanzminister dem Ministerrate zur Genehmigung vorgelegte Staatsvoranschlag für das

Jahr 1920/21, weist einen Aufwand von Dinar 3.969.632.004-50 das ist von fast 16 Milliarden Kronen auf, wovon der größte Posten, nämlich über eine Milliarde Dinar (beziehungsweise vier Milliarden Kronen), also über ein Viertel, auf das Heerwesen entfällt. In diesem Ziffernverhältnis spiegelt sich die außenpolitische Lage des dreimächtigen Königreiches ab, welches fast auf allen Seiten von mißgünstigen Nachbarn umringt ist und seinen wirksamsten Schutz in der Echaltung der militärischen Stärke erkennt. Die im Staatshaushalte angeführten Ausgaben verteilen sich, wie folgt, auf die einzelnen Ministerien:

	Dinar
Heerwesen	1.120.804.560-14
Verwaltung	963.919.971-03
Finanzen	703.220.238-14
Verkehr	324.524.887-60
Justiz	44.036.560-30
Unterricht	158.921.279-60
Kultus	12.909.540-05
Innere	39.185.226-45
Volksgesundheit	69.762.593-10
Äußeres	7.601.880-—
Bauten	105.202.620-25
Post	121.377.332-65
Landwirtschaft	56.156.292-55
Forstwesen und Bergbau	106.532.019-65
Handel und Industrie	16.761.462-09
Soziale Fürsorge	74.420.760-50
Agrarreform	43.870.242-40
Konstituante	454.038-—
Reserve	20.500-—

Räuberunwesen in Makedonien.

Vor einiger Zeit überfielen mehr als hundert gut bewaffnete Räuber die Ortschaft Zjubine, die auf dem nördlichen Teile der Sara planina gelegen ist, und versuchten das Vieh wegzutreiben. Die Ortsbewohner wehrten sich aber, unterstützt von einigen Gendarmen, in zweistündigem Kampfe mit Erfolg, schlugen die Räuber in die Flucht und retteten das Vieh. Mehr Glück hatten die Banditen in der Ortschaft Rodes, wo sie 400 Schafe entführen konnten. Die Unholde führten auch noch in anderen Gegenden ähnliche Überfälle aus, ohne bisher von der Hand der Gerechtigkeit getroffen zu werden.

Ausland.

Der Zerfall der Entente.

Durch die Anerkennung der Regierung des Rebellen Generals Wrangel in Südrussland ist zwischen der französischen und englischen Regierung eine ernste Mißstimmung entstanden, welche den vollkommene Zerfall der Entente nach sich ziehen kann. Angesichts dessen wird Präsident Millerand sofort die französische Kammer einberufen.

Der russisch-polnische Krieg.

Der Fall Warschaus ist nur mehr eine Frage von Stunden. In den Vorstädten wird bereits erbittert gekämpft. Die Stadt ist von allen Seiten durch die siegreichen Sowjetarmeen eingeschlossen. Die Russen sind bereits im ehemals deutschen Gebiete. Die Berliner Blätter melden aus Allenstein vom 13. August, daß soeben die ersten russischen Patrouillen in den polnischen Korridor eingedrungen sind. Die erste Stadt des ehemals deutschen Gebietes ist besetzt.

Die Friedensbedingungen Sowjet-Rußlands.

Am 10. August hielt Lloyd George im englischen Parlament ein ausführliches Exposé über die Lage im Osten. Nach der Debatte teilte Lloyd George mit, daß ihm nach Beendigung seiner Rede ein Dokument Kamenevs zugestellt worden sei, welches die Friedensbedingungen Sowjetrußlands an Polen enthalte. Lloyd George verlas mit Zustimmung Kamenevs die Bedingungen, welche folgendermaßen lauten:

1. Herabsetzung des polnischen Heeres auf 50 000 Mann;
2. Aufhebung der polnischen Kriegsindustrie;
3. Die Grenzen Polens werden so laufen, wie sie der Oberste Rat festgestellt hat, jedoch werden einige Verbesserungen bei Bialystok und Cholm angebracht werden;
4. Ein freier Handelsweg für die Bolschewiken nach der Ostsee über Bialystok und Grajowo nach Ostpreußen;

Ferner wird gefordert: Auslieferung aller Waffen mit Ausnahme derjenigen, die für die Bürgermiliz und die verringerte Armee bestimmt sind; Verbot der Einfuhr von Kriegsmaterial; Gewährung von Grund und Boden an die Familien

der im Kriege getöteten Soldaten. Im Waffenstillstande würde die Linie des status quo respektiert; die polnische Grenze hat sich im ganzen an eine Linie zu halten, die durch die Rote Kurzons vom 20. Juli, mit Hinzufügung bestimmter Gebiete angegeben ist.

Russisch-französischer Krieg.

Der Londoner „Telegraph“ berichtet aus Kreisen der bolschewistischen Delegation in London, daß die Moskauer Regierung auf die französische herausfordernde Anerkennung der Wrangelschen Regierung in der Krim mit der Kriegserklärung an Frankreich antworten wird. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß in diesem Kriege Frankreich von allen seinen Ententegenossen im Stiche gelassen werden wird.

Eine polnische Sowjetregierung.

In dem von den russischen Truppen besetzten polnischen Gebiete wurde eine provisorische revolutionäre polnische Sowjetregierung mit Julius Marchlewsky an der Spitze eingesetzt. Unter den Mitgliedern befindet sich auch Felix Dzierzinsky, der Chef der russischen außerordentlichen Kommission, zur Niederschlagung der Gegenrevolution. Diese Regierung hat die polnischen Bauern in einer Kundmachung aufgefordert, sich gegen die bisherige polnische Schlagschichtenregierung zu erheben, da ein Friede nur zwischen dem sozialistischen Rußland und dem sozialistischen Polen möglich sei.

Sowjetrepublik in Rumänien.

Univerful bringt ausführliche Berichte über Bauernunruhen in Jassy, die die Proklamierung der Sowjetrepublik zum Ziele haben. In Bukarest trat ein Kronrat zusammen, in welchem beschlossen wurde, die Unruhen mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen. In Bukarest brach ein allgemeiner Streik der Industriearbeiter aus.

Ein Attentat auf Venizelos.

Wie die Pariser Blätter vom 13. August melden, feuerten auf den griechischen Ministerpräsidenten Venizelos, als er vom Lyoner Bahnhofe nach Nizza reisen wollte, zwei Personen acht Revolvergeschosse ab. Der Ministerpräsident wurde verwundet und die beiden Attentäter verhaftet. Die Pariser Blätter behaupten, allerdings ohne hiesfür Beweise zu haben, daß die Attentäter Anhänger des früheren Königs Konstantin seien. Der Zustand des Ministerpräsidenten ist, späteren Nachrichten zufolge, ein zufriedenstellender und wird er in kürzester Zeit wieder hergestellt sein.

Der türkische Friedensvertrag.

Nach Londoner Berichten wurde der Vertrag seitens der Türkei nach dem Diktate der Entente unterzeichnet. Belgrader Blätter melden, daß die Vertreter des Königreiches SHS erklärten, den Friedensvertrag nicht unterzeichnen zu können, weil sie mit der Uebernahme eines Teiles der türkischen Schulden nicht einverstanden seien.

Aus Stadt und Land.

Aufhebung einer Beschlagnahme. Der Leitartikel „Gleichberechtigung“ in der Nummer 53 unseres Blattes verfiel bekanntlich zum größten Teil der behördlichen Beschlagnahme. Das Kreisgericht bestätigt über Antrag der Staatsanwaltschaft diese Beschlagnahme, wogegen unsere Schriftleitung jedoch einen Einspruch einbrachte, da in dem betreffenden Aufsatz ein strafbarer Tatbestand nicht enthalten war. Ueber diesen Einspruch fand Dienstag, den 17. d. M. vor dem Kreisgerichte die mündliche Einspruchsverhandlung statt. Der Gerichtshof gab dem Einspruch folge und hob die Beschlagnahme als ungesetzlich auf. In der Begründung wurde ausgeführt, daß der betreffende Artikel nichts Strafbares enthält und sich zum Teile lediglich als eine nach § 103 des serbischen Strafgesetzbuches erlaubte maßvolle Kritik behördlicher Verfügungen darstellt.

Gemeindegewirtschaft. Daß notwendige Ausbesserungen des Straßenpflasters vorgenommen werden, ist für jedermann selbstverständlich, was aber jetzt für Neupflasterungen vom ernannten Beirat bewilligt wurde, ist für die jetzigen Zeitverhältnisse ein ausgesprochenen Luxus. Die Grabengasse und Rathausgasse haben in dem alten Zustand noch recht und schlecht ihren Dienst getan und hätten noch einige Jahre ausgehalten. Nun werden sie mit einem Aufwand von vielen zehntausend Kronen neu ausgebaut. Man wird selbstverständlich allen Bürgeru-

zumuten, daß sie mitzahlen, wir sind aber nach den uns zugekommenen Stimmen aus sämtlichen Lagern überzeugt, daß die Mehrheit der hiesigen Bürger entschieden dafür ist, zuerst, wenn mit öffentlichen Mitteln von unverantwortlichen Personen schon einmal eine Ausgabenwirtschaft gemacht werden soll, zum Beispiel ein Wohnhaus zu bauen, oder das Beispiel der Errichtung einer Dachwohnung zu geben, als daß man aufschiebende Arbeiten voranstellt. Es blüht der Gemeinde übrigens für die nächste Zeit eine sehr bedeutende Ausgabe. Unsere Kapuzinerbrücke geht endgültig und rasch zugrunde. Auch da müssen wir leider der jetzigen Gemeindeverwaltung einen Vorwurf machen. Seinerzeit, bis zum Umsturz, war auf beiden Brückeneenden eine Tafel angebracht, daß die Brücke nur mit Lasten von höchstens 4000 Kilo befahren werden darf. Dieses Verbot fehlt nun und es wird so wahrscheinlich unmöglich sein, der Tüferrer Brauerei eine Rechnung über Herrichtungsarbeiten zu legen; den Rest gibt unserer Brücke das Automobil dieser Gesellschaft. Mit beiläufig 8000 Kilo fährt deren Wagen täglich zweimal in raschem Tempo über die Brücke. Seit dieser Beanspruchung sind wichtige Tragstellen der Brücke ganz wacklig geworden. Die Bürgerschaft erwartet ausreichende amtliche Aufklärungen über diesen Fall!

Vom Bahnhof. Vor Kriegsausbruch bestand am Cillier Bahnhof für die Reisenden je ein besonderer Ein- und Ausgang. Während des Krieges wurde eine Trennung insofern vorgenommen, als je ein getrennter Ein- und Ausgang für Militärpersonen und für Zivilreisende geschaffen wurde. Der für das Militär bestimmte Zugang zum Perron wurde nunmehr gesperrt, so daß nur ein einziger Zugang zum Perron besteht. Der Verkehr auf unserem Bahnhofe ist, wie bekannt, ein sehr starker. Unmittelbar nach Ankunft eines Zuges ist es für den Reisenden geradezu unmöglich auf den Perron zu gelangen, da sich durch den schnellen Ausgangskorridor der ganze starke Strom der ankommenden Reisenden drängt. Dieser Umstand wird umso unangenehmer empfunden, als beispielsweise wenige Minuten nach Ankunft des Sanntaler Frühzuges der Personenzug nach Marburg abfährt, so daß das Gedränge oft geradezu lebensgefährlich wird. Diesem Uebelstande ließe sich unseres Erachtens leicht abhelfen, wenn man den vor dem Kriege bestandenen Zustand wieder herstellt und zwischen dem Schalterraume und Perron zwei getrennte Verbindungen für die Abreisenden und Ankommenden schafft. Dies kann ohne weiteres in der Weise geschehen, daß der frühere Militärausgang nunmehr wieder als Ausgang zum Perron bestimmt wird. Wir bitten die Bahnverwaltung diesen Vorschlag, dessen Durchführung vom reisenden Publikum sicherlich als große Wohltat empfunden werden würde, in Erwägung zu ziehen und die jetzigen unhaltbaren Zustände ehestens abzustellen.

Ein lebenswürdiger Ministerialbeamter. Die „Politika“ schreibt in ihrem Leitartikel: Gestern haben wir in Belgrad eine neue diplomatische Niederlage erlitten, die an Bedeutung jener von Spa nicht nachsteht. Die Mitglieder des hiesigen diplomatischen Korps entsendeten ihren Doyen, den päpstlichen Nuntius Cherubini, zum Außenminister und erklärten, daß sie es sehr bedauern, daß es ihnen unmöglich gemacht sei, die regelmäßigen Beziehungen, welche zwischen dem Ministerium und dem diplomatischen Korps bestehen, zu pflegen, da der holländische Gesandte nicht mehr in das Ministerium kommen will, solange H. Tih. Popović der Gehilfe des Ministers bleibt. Als Grund dieser unerwünschten Entscheidung wird das unliebenswürdige Auftreten des H. Tih. Popović gegenüber den Mitgliedern des diplomatischen Korps angeführt. Das Benehmen des genannten Herrn geht stellenweise direkt in Arroganz über. So war es auch mit dem holländischen Gesandten der Fall.

Eine merkwürdige Verordnung. Wie Slovence vor einigen Tagen berichtete, wurde vom Ministerium für soziale Fürsorge zu Beginn der diesjährigen Ernteperiode die Verwendung von landwirtschaftlichen Erntemaschinen in der Wojwodina mit der Begründung verboten, daß man aus Gründen der sozialen Fürsorge trachten müsse, möglichst viel arbeitswilligen Hilfskräften Gelegenheit zur Arbeit zu geben. Diese Verfügung löste in den Kreisen der beteiligten Grundbesitzer allgemeine Unzufriedenheit aus, da dadurch die Eindringung der Erntearbeiten unmöglich gemacht worden wäre. Das Ministerium sah sich denn auch schon nach kurzer Zeit gezwungen, diese Verordnung wieder zurückzuziehen. Die Geschichte, die aus Wielands Abberiten stammen könnte, klingt derart unglücklich, daß man an deren Wahr-

heit zweifeln müßte, wenn sie nicht das erwähnte Laibacher Blatt, mit Daten belegt, gebracht hätte.

Das Versicherungswesen scheint nun doch endlich der schon dringend nötigen Regelung unterzogen zu werden. Der Handelsminister ist vom Ministerrat ermächtigt worden, mit den ausländischen Versicherungsgesellschaften wegen Uebernahme der Versicherungsverträge in Verbindung zu treten. Die ausländischen Gesellschaften müssen den vollen Betrag der mathematischen Reserve, sei es einer zu diesem Zwecke neu geschaffenen Privatgründung, sei es einer bereits bestehenden inländischen Versicherungsgesellschaft, abtreten. Hierbei sind die Interessen der inländischen Versicherten bezüglich der Valuta der Versicherungssumme wie auch bezüglich der Prämienzahlung und Gerichtsbarkeit aufs angelegentlichste wahrzunehmen.

Schwierigkeiten im Kleingeldverkehr. Von verschiedenen Seiten werden Klagen laut über die Unmöglichkeit, die Ein- und Zwei-Kronennoten zu größeren Zahlungen zu verwenden. Nach den bisherigen Erfahrungen in unserer Papiergeldwirtschaft müssen wir rechtzeitig im Interesse der Allgemeinheit die Forderung aufstellen, daß die staatlichen Ämter wie Post, Steueramt usw. beauftragt werden, die Abschöpfung der überhaupt schon arg beschädigten Kleingeldnoten anstandslos durchzuführen. Es könnte sonst der Fall eintreten, daß andere Gebiete unseres Staates, wo man vorzeitig über allfällige Verordnungen, welche eine Einlösung mit vermindertem Werte festsetzen, unterrichtet wird, dies ausnützen und die Noten zu uns herüberschieben, wodurch die Allgemeinheit hier ungebührlichen Schaden erleiden würde. Die Noten sind vorläufig noch immer gesetzliches Zahlungsmittel und es sollte eigentlich nicht notwendig sein, daß man diese Forderung öffentlich stellen muß.

Eisenbahnunglück. In der Nacht vom 14. auf den 15. d. M. stieß in der Station Bösnitz bei Marburg ein Lastenzug aus der Richtung Graz in einen Personenzug. Drei Personen waren sofort tot, vier sind schwer und mehrere leicht verwundet.

Ein dunkler Fall. In einer Ortschaft in der Nähe von Soderitz wollte sich vor einigen Wochen ein junger Mann verheiraten. Er begab sich zu seinem Pfarrer zur Befragung und kehrte ganz umgewandelt in sein Dorf zurück. Früher ein Anhänger der slowenisch-demokratischen Partei, trat er plötzlich aus allen bisherigen Vereinen aus, bestellte die fortschrittlichen Blätter ab und wurde ein treues Mitglied der slowenischen Volkspartei. In der vergangenen Woche nun mußte er in die Landesirrenanstalt nach Laibach überführt werden: denn er war an religiösem Wahnsinn erkrankt. So berichtet wenigstens das Laibacher radikale Tagblatt Jugoslavija.

Ein neuer Trick. Gestern abends kam ein Fleischhauer aus der Provinz in Agram an. Am Bahnhof sprach ihn ein unbekannter Mann an und trug ihm an, falls er kein Nachtquartier habe, bei seiner Mutter zu nächtigen. Der von der Reise Ermüdete ging darauf ein. Beide begaben sich nun in die Subnjicka ulica. Als sie in das erste Stockwerk der Wohnung kamen, machte der Unbekannte den Fleischhauer darauf aufmerksam, daß seine Mutter krank sei, er sich daher, um sie nicht in dem Schlafe zu wecken, am Gang auskleiden müßte und dann in das zweite Zimmer gehen möge, wo auch seine Schwester schlafe. Als sich der ahnungslose Betrogene am Gang ausgekleidet hatte, verschwand der Unbekannte samt den Kleidern im Finstern. Dem Fleischhauer blieb nichts als die Unterwäsche, in welcher er zur Polizei ging, um die Meldung zu erstatten.

10.000 Kronen für einen Hecht. Besonders glücklich war vor kurzem ein Budapester Fischer, der einen Riesenhecht, einen alten bemooften Raubgefellen im Gewichte von 100 Kilogramm aus der Donau zog. Der Fischer konnte nur mit Hilfe von Kamecaden den mit unheimlicher Kraft sich sträubenden Raubgefellen den Fluten entreißen. Wie „St. Hubertus“ berichtet, wurden für das Riesenhecht fabelhafte Preise geboten, bis schließlich ein Budapester Hotel den Hecht für 10.000 K erstand. Das höchste bisher bekannte Gewicht eines Hechtes betrug 46 Kilogramm.

Für die siebente Olympiade in Antwerpen hat die Regierung einen Kredit von 31.500 Frank bewilligt, welcher zur Unterstützung unserer nach Belgien fahrenden Sportleute verwendet werden soll.

Die Valuta. Der Daily Express berichtet von einem jungen Amerikaner, welcher 10.000 Dollar geerbt hatte und mit diesem Gelde auf Reisen ging. Er war in England und Frankreich, unterhielt sich

dort gut und brachte fast die halbe Erbschaft durch. Im Februar 1920 kam er nach Deutschland und erhielt für nicht ganz 6000 Dollar über 600.000 Mark. Er ließ sich in Berlin im ersten Hotel nieder, zahlte täglich 200 Mark für die Wohnung und zweimal soviel für die Verpflegung und verlebte so die schönsten Zeiten. Als er sich vor einem Monate zur Rückkehr nach Amerika entschloß, blieben ihm noch 560.000 Mark. In der Zwischenzeit hatte sich jedoch die deutsche Valuta so erhöht, daß er für 560.000 Mark wieder 10.000 Dollar erhielt, also genau soviel, als er beim Verlassen Amerikas bei sich hatte. Hierbei hat er ein schönes Stück Welt gesehen und sich gut unterhalten, — ohne daß ihm dies alles auch nur einen Heller gekostet hätte.

Drabtnachrichten der Cillier Zeitung.

Meldungen

des Laibacher Nachrichtenamtes.

Der russisch-polnische Krieg.

London, 16. August. (Reuter.) Die russischen Truppen, welche konzentrisch gegen Warschau vorgehen, gewinnen im Osten bei Zwangorod und südwestlich bei Lutow beträchtlich an Boden. Wie verlautet, werden die Bolschewiki heute versuchen, Warschau einzunehmen.

Warschau gefallen.

Amsterdam, 17. August. (Wolffbüro.) Die Times berichten aus Kowno, daß der Stab der vierten roten Armee in Wilna soeben melde, daß Warschau am 15. August von den russischen Truppen besetzt worden sei. Eine Bestätigung dieser Nachricht von anderer Seite liegt noch nicht vor.

Die Russen auf ehemals deutschem Reichsgebiete.

Allenstein, 16. August. (Wolffbüro.) Nach einem Bericht des Allensteiner Volksblattes haben die am 13. August nachmittags in Solbau eingrückten Rottruppen eine örtliche Selbstverwaltung mit Ausschluß der polnisch gesinnten Elemente eingeleitet. Der Antrag der Solbauer Kommissäre auf

Einführung der Sowjetverwaltung wurde vom russischen Zivilkommissär mit dem Bemerkten abgelehnt, daß sie für die Agrarbevölkerung nicht geeignet wäre.

Das Verhalten der Ententeländer im russisch-polnischen Krieg.

London, 16. August. (Reuter.) Nach einer Mitteilung des Amtes für Indien sind Schritte unternommen worden, um gemäß den Bestimmungen des Mandates eine Versammlung von Vertretern der Bevölkerung Mesopotamiens nach Bagdad einzuberufen, welche die Grundsätze für die Verfassung des Landes im Einvernehmen mit den englischen Verwaltungsbehörden ansarbeiten soll.

Paris, 16. August. (Havas.) Mehrere Sektionen der sozialistischen Partei Frankreichs veranstalteten gestern in den Pariser Vororten Kundgebungen gegen den Krieg und für den Frieden sowie Anerkennung der Sowjetrepublik. Es kam zu keinen Zwischenfällen.

London, 16. August. Reuter. Im Unterhause unterbreitete Bonar Law den Vorschlag auf Vertagung des Hauses bis 19. Oktober 1920. Vor diesem Zeitpunkte soll das Haus nur einberufen werden, wenn die öffentlichen Interessen dies erfordern sollten. Bonar Law sagte in der Begründung seines Vorschlages: Lloyd George hat die Ergebnisse in der Konferenz von Spa und Pythe bekanntgegeben. Diese Beschlüsse sind folgende: Gegen Rußland wird keine feindliche Aktion unternommen werden, falls die Unabhängigkeit Polens nicht gefährdet wird. England und Frankreich werden in die inneren Angelegenheiten Rußlands sich nicht einmischen, wenn dieses sich in die inneren Angelegenheiten der anderen Länder nicht einmischet. Wenn die polnische Regierung zu Vereinbarungen mit der Sowjetregierung gelangt, so wird, was immer auch deren Bestimmungen sein sollten, kein Grund zum Einschreiten vorhanden sein. Wenn aber die Sowjetregierung Polen unerwartete Bedingungen anzulegen sucht, wenn sie dessen Unabhängigkeit gefährdet, dann wird der zweite Fall für unsere Politik gegeben sein. Ich habe keinen Grund, sagt Bonar Law, dies anzunehmen, da die Sowjetregierung in einer kategorischen Form erklärt hat, daß sie nicht beabsichtigt, Polen andere Bedingungen zu stellen und Kameneff gestern an Lloyd George einen Brief

gerichtet hat, worin er sagte, daß die gestellten Bedingungen keine Aenderung erfahren werden. Unter diesen Umständen wird die Regierung keine Maßregeln ergreifen. Wir verpflichten uns, fuhr Bonar Law fort, daß die Regierung, für den Fall, wenn sich die Notwendigkeit hierzu ergeben sollte, keinen Krieg unternehmen wird, bevor das Parlament nicht einberufen ist und seine Zustimmung zu dem Wege gegeben haben wird, den zu befolgen wir vorschlagen würden. Hierauf ergriff Lloyd George das Wort und führte aus: Der Völkerbund kann nicht in Kraft treten, wenn nicht volle Einigkeit herrscht. Es ist deutlich, daß nicht alle alliierten Länder in der russisch-polnischen Frage derselben Meinung sind. Es wäre natürlich besser und weiser, auch diese Frage mit dem obersten Kriegsrat zu besprechen. Derselbe hat sich aber geweigert, eine Abordnung des Völkerbundes zu empfangen und die russische Abordnung hat erklärt, daß sie unter keinen Umständen die Intervention des Völkerbundes dulden könne. Er und seine Kollegen würden nichts versäumen, den Frieden zu sichern. Das Unterhaus wie das ganze Land können überzeugt sein, daß die Haltung der Regierung gegenüber Polen ständig die gleiche gewesen sei. Die Regierung ist kein Haar breit von der Politik abgewichen, die sie fortwährend in dieser Frage verfolgt hat. Im Oberhause stellte Lord Curzon den Antrag auf Vertagung des Hauses, wobei er unter anderem über den russisch-polnischen Krieg erklärte: Wir haben keine Streitkräfte und keine Geldmittel für einen solchen Krieg zur Verfügung. Die öffentliche Meinung in England und überall wünscht einen gerechten und vernünftigen Frieden. Diesen Rat hat man auch der polnischen Regierung gegeben. Heute morgens ist telegraphisch die Zustimmung der italienischen Regierung eingelangt.

Das Vordringen der Bolschewiken in Persien.

London, 16. August. (Reuter.) Bolschewistische Kreise in Tiflis melden den Sturz der Regierung Rutschik Chap durch die Bolschewiken, welche sich der Stadt Enseli bemächtigten und dort eine Räteregierung einsetzten, welche eine Kundmachung erließ, die den Kampf gegen den englischen Imperialismus erklärt.

Gesucht in ein christliches, deutsches Haus in Oberkrain

Erzieherin

zu fünf- und zehnjährigem Mädchen. Kenntnis der französischen Sprache und Musik erwünscht. Eintritt möglichst bald, spätestens im Laufe September. Angebote an die Verwaltung des Blattes unter Nr. 26215.

Gesucht wird für grösseres Unternehmen ein in allen kaufmännischen Arbeiten versierter, lediger

Kaufmann

vertraut mit Lohnverrechnungen, der deutschen, slowenischen und kroatischen Sprache in Wort und Schrift vollkommen mächtig, deutscher Nationalität, Arier. Eintritt sofort. Anträge mit Zeugnissen, Referenzen und Gehaltsansprüchen an die Verwaltung des Blattes unter „Industrie 26225“.

Zwei Brüder mit mehrjähriger Praxis wünschen

Posten in einem Kalkwerke

sind in sämtlichen Steinbrucharbeiten sowie im Kalkofenheizen vollkommen bewandert. Gefällige Zuschriften erbeten direkt an Pepi Rückl, Hrastnik.

Englischer und italienischer Anfangsunterricht

wird gegen mässiges Honorar erteilt. Adresse in der Verwltg. d. Bl. S

Gesucht

diplom. Lehrerin

möglichst ältere, zur Vorbereitung eines 10-jährigen Mädchens für die erste Gymnasialklasse. Latein nicht Bedingung. Unterrichtet in Musik erwünscht. Schreiben an Häuszer, Novisad (Neusatz), Schützengasse Nr. 22.

Perfekte Köchin

und ein

Stubenmädchen

werden unter günstigen Bedingungen bei Ivan Kos, Narodna kavarna, Celje, für 1. September aufgenommen. Vorzustellen I. Stock (Kontor).

Möbliertes Zimmer

ohne Bett, für Kanzlei geeignet, Parterre oder erster Stock, Razlagova ulica (Neugasse), Slomškov trg (Kirchplatz) oder in der Nähe der Kapuzinerkirche gelegen, wird für möglichst bald gesucht. Anträge Celje, Postfach 12.

Schreibmaschinenreparaturen

aller Systeme übernimmt Udo Borgelt, Celje, Benjamin Ipavčeva ul. (Giselastrasse) Nr. 10.

Maschinschreibunterricht

nach dem Zehnfingersystem, in Slowenisch und Deutsch, erteilt Frau Fanny Blechinger, Levstikova ulica (Feldgasse) Nr. 1.

Frisches Wild

kauft und übernimmt jedes Quantum auch gegen Schluss für den ganzen Abschuss. Um gefl. Anbote er sucht Joh. Roy, Wildhandlung in Maribor, Glavni trg Nr. 3.

Haus

geräumig, zu jedem Geschäfte geeignet, mit Garten, Acker- und Waldanteilen ist zu verkaufen. Anfrage bei Frau Franziska Swoboda in Konjice (Gonobitz).

Mehrere Villen

von 100.000 K aufwärts, schöner mittelgrosser Schlossbesitz mit Fundus, netter Besitz in Rogaska Slatina, zirka 5 Joch mit Herrenhaus, Wirtschaftsgebäude und Fundus und andere Besitze durch Realitätenbüro „Rodna Gruda“ (Geschäftsführer Karl Breznik), Celje, Dolgopolje (Langenfeldgasse) Nr. 3 zu verkaufen.

Preiselbeeren

sind zum Preise von 8 K für 1 kg zu haben bei Karl Loibner in Celje. Versendet wird auch per Post jedes Quantum und wird Porto und Verpackung separat berechnet.

KANDITEN

in 1 Kilo-Karton:

Himbeer
Erdbeer
Citron
Orangen
Pfeffermünz
Malz
Rocks-Drops etc. etc.

per kg 70 K ab Lager Maribor, ständig zu haben. Bestellungen an Vertreter A. Radi, Maribor, Raslagova ulica Nr. 24.

Achtung! Frische Achtung!

Wiener Presshese

versendet täglich per Post und Eilgut die Verkaufsstelle der Wiener Presshese, Joh. Roy, Maribor.

Neues Küchengeräth

zu verkaufen. Zu besichtigen bei Balogh, Savinjsko nabrežje (Sannkai) Nr. 1, Parterre.

Zu verkaufen

Gleichstrom-Motor

Fabrikat A.-E.-G. Union, 11 KVA, 440 Volt Spannung, 850 Umdrehungen, wenig benützt. Anbote unter „K. E. & St. G. 26198“ an die Verwaltung dieses Blattes.